

Herr Quast verwies auf eine Anfrage der SPD im August 2022, wie es mit der Pastor-Hochhardt-Straße weitergeht. Diese Anfrage wurde auch beantwortet. Die angekündigte zügige Umsetzung erfolgt jetzt mit dieser Vorlage. Die Anfrage erfolgte deshalb, weil dieser Prozess rein vom Zeitablauf her bei den Anwohner\*innen nicht auf Begeisterung gestoßen ist. Die ersten Informationen waren bereits 2018 an die Bürgerschaft ergangen, die internen Planungen laufen bereits länger. Im Jahr 2020 hatte man sich dann in einer Bürgerversammlung auf eine Planungsvariante geeinigt. Danach ging jede Kommunikation mit der Bürgerschaft verloren. Das lässt sich sicherlich durch viele äußere Umstände erklären. Aber die Kommunikation ist für die Außendarstellung und Akzeptanz solcher Projekte wichtig, insbesondere wenn sich die Bürgerschaft gerade bei der aktuellen Rechtslage zu den Anliegerbeiträgen mit einer unklaren Fördersituation auf Kommunikation eingestellt hat.

Herr Stiefelhagen bemerkte, dass die Vorlage zur Beschlussfassung in der UPV-Ausschusssitzung am 04.03.2020 vorgelegen hat, und seither hat sich auch bei der Vorgehensweise einiges getan. Auch die Situation des Kostenträgers hat sich seither geändert, denn es wird in Aussicht gestellt, dass eine Heranziehung zu den Kosten entfallen soll. Deshalb sollte jetzt bei der Straßenausgestaltung etwas detaillierter, konkreter und verträglicher vorgegangen werden. Die Wünsche der Bürgerschaft wurden stets durch die anfallenden Kosten gebremst. Die Frage hat sich durch die aktuelle Rechtslage aufgelöst. Es sollte eine für alle Verkehrsteilnehmer gängige und vernünftige Verkehrsfläche mit Mittelabfluss hergestellt werden, die das Anlegen von Parkflächen und Baumscheiben an den Rändern möglich macht. In dieser Vorlage findet dies wenig Berücksichtigung, deshalb wäre es sein Wunsch, dies für weitere Vorhaben in Erwägung zu ziehen.

Herr Schewe betonte, dass auch seine Fraktion den Absatz zum KAG zur Kenntnis genommen hat, aber es ist der Bürgerschaft nicht mehr zu vermitteln ist, dass sie zu Kosten im Straßenbau herangezogen wird. Deshalb sollte die Planung vom zeitlichen Ablauf so ausgestaltet sein, dass sichergestellt werden kann, dass der Bürgerschaft keine Kosten aufgebürdet werden.

Herr Kallenbach stellte klar, dass nach aktueller Rechtslage die Bürgerschaft zu beteiligen ist. Auf die Aufträge, die im Sommer an die Politik auf Landesebene gestellt wurden, wird immer noch gewartet. Es gibt noch keine neue Regelung. Fest steht nur, dass der Bürgeranteil bis zu 100% gefördert werden kann. Ein Rechtsanspruch darauf gibt es nicht. Sind die Fördergelder erschöpft, so kann es sein, dass die Förderung von 50% nicht erfüllbar ist und die Bürgerschaft dann 100% ihres Anteils zahlen müsste. Was die baulichen Dinge betrifft, wird es eine neue geschlossene Fahrbahndecke geben, aber keinen neuen Fahrbahnuntergrund, weil dies für die eigentliche Maßnahme der Ertüchtigung des Kanals nicht notwendig ist. Nur Hochborde geben der Bürgerschaft Schutz, alles andere ist eine Mischverkehrsfläche mit einer 7 km/h-Regelung.

Was auf Landesebene beschlossen wird, ist noch nicht bekannt. Wenn es für die Stadt ungünstig läuft, liegen demnächst 100 % der Kosten bei der Stadt. Ob dann noch Straßen gebaut werden können, ist fraglich. Aber auch das ist reine Spekulation.

Die eingetretene Verzögerung ist einer vor Ort durchgeführten Baumaßnahme geschuldet. Man wollte eine gegenseitige Behinderung vermeiden. Deshalb wurde die Maßnahme „Bergstraße“, die mittlerweile abgeschlossen ist und noch schlussgerechnet werden muss, vorgezogen. Da es sich bei der Pastor-Hochhardt-Straße um eine einfache Maßnahme handelt, wäre bei rechtzeitigem Baubeginn auch diese Maßnahme schon abgeschlossen gewesen. Seinerzeit waren beide Maßnahmen im Rahmen eines sogenannten Dreierpaketes beschlossen worden.

Frau Flottmann las aus dem Betreff „Pastor-Hochhardt-Straße“, in der der Kanal in offener Bauweise saniert wird, aber im Beschlussvorschlag wird die „Martinuskirchstraße“ genannt, in der in geschlossener Bauweise gearbeitet wird. Ihr war nicht klar, ob es sich um die gesamte Martinuskirchstraße oder nur einen Straßenteil handelt.

Vor zwei Jahren ging man noch von einer punktuellen Schadensbeseitigung aus, wenig später sollte es dann eine Gesamtbeseitigung geben. Hinsichtlich der Aussage, dass sich etwas neues ergeben hat und sich so die Vorgaben geändert haben, hätte man ihrer Meinung nach durchaus prüfen müssen, ob an dieser Stelle Baumscheiben und eine Neugestaltung möglich gewesen wäre. Jetzt wird bekannt, dass dies nicht möglich

ist, aber ihrer Fraktion liegt nicht daran, das Verfahren zu verzögern. Vielleicht ist es zukünftig möglich, das mitzudenken.

Herr Kallenbach erklärte, dass in der „Martinuskirchstraße“ zwei Haltungen im Zulauf zur Pastor-Hochhardt-Straße sind, die saniert werden müssen. Über die Baumscheiben wurde seinerzeit diskutiert, sie waren aber von der Bürgerschaft nicht gewünscht worden. Das betraf auch zwei weitere Straßen, insbesondere bei der „Gartenstraße“ waren sie sogar von der Politik nicht gewünscht. Der Tiefbau plant immer Baumscheiben mit ein. Unter seiner Leitung wurden bisher alle Maßnahmen mit Grün geplant und bisher ist dies nicht immer so voll umgesetzt worden, wie es ursprünglich geplant war. Die Neuerung, die angesprochen wurde, beruht auf den Erfahrungen der letzten Jahre, die gezeigt haben, dass zwei bis drei Kernbohrungen zur Bestimmung des gesamten Straßenzustandes nicht ausreichend sind. Die ergänzenden Untersuchungen an dieser Stelle waren genau richtig. Bisher wurde bei drei von vier Straßen festgestellt, dass in der Vergangenheit nicht homogen gearbeitet wurde. Deshalb benötigt der Fachbereich eine bessere Datengrundlage, auch um unnötige Kosten zu vermeiden.

Herr Gless unterstützte die Ausführungen von Herrn Kallenbach, gab aber auch Frau Flottmann Recht, dass eine Aufwertung des Straßenraumes in klimatischer Hinsicht schon immer zwingend erforderlich war. Aber im Rahmen der Straßenbauweise in den 1970er Jahren wurde auch schon einmal der ein oder andere Baum weggelassen oder es gab Schäden an den Kanälen wegen Verwurzelungen. Auch er als Dezernent formuliert die Vorgabe, grundsätzlich bei jeder Straßenbaumaßnahme Bäume zu berücksichtigen. Diese Vorgehensweise ist allerdings auch ein Reizthema in der Bürgerschaft und führt zu Diskussionen. Wo Bäume gepflanzt werden, gehen auch Stellplätze verloren. Er führte noch einige andere Beispiele zu Reizthemen auf, die von der Bürgerschaft in die Politik getragen werden. Er betonte, dass dies kein Vorwurf ist, aber es zeige auf, wieviel Kraft es kostet, diese Planungen umzusetzen, wie gerade richtigerweise erwähnt. Die Überlegung, welche Entscheidung nun zu treffen ist, ist eine Gradwanderung, aber am Ende werden dann Kompromisse zur Umsetzung geschlossen.

Frau Jung sprach sich dafür aus, Bäume zu pflanzen, auch wenn die Entscheidung oft heikel ist. Sie brachte als Beispiel die Mittelstraße in Menden, wo schon sehr alter Baumbestand steht, von denen eine Gefahr für Fußgänger und Radfahrer ausgeht.

Die Stadt hat bereits versucht, die Situation durch Reparaturen zu entschärfen, aber es ist schwierig. Es wäre doch eine Möglichkeit, an dieser Stelle, wie von Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gewünscht, auf dem Gelände des Kindergartens einige Bäume als Zeichen weiterer Begrünung zu pflanzen. Im Zusammenhang mit dem Baumbestand wünschte Sie, ob es möglich sei, die Laubcontainer dieses Jahr vom Bauhof früher aufstellen zu lassen, weil offenbar bereits jetzt erhöhter Bedarf besteht.

Ihr Wunsch wäre es, einen einheitlichen Beschluss zu fassen. Die Bürgerschaft und Verwaltung wissen noch nicht, was zu zahlen ist, welche Fördermittel es gibt und wie das Land entscheidet.

Dies wird auch Thema in den Haushaltsberatungen sein. Deshalb erwarte sie, dass die Verwaltung den Entscheidungsdruck Richtung Düsseldorf verstärkt. Denn es ist wichtig zu wissen, welche Straßen noch saniert und welche Mittel in den Haushalt eingestellt werden können.

Herr Gleß machte hinsichtlich Straßenbegleitgrün eine Zusage, dass diesbezüglich noch eine Nachjustierung möglich ist, damit nicht der Eindruck entsteht, dass wir Versprechen nicht einhalten würden, es so zu machen, wie es abgesprochen ist.

Herr Kallenbach sicherte zu, mit dem Bauhof Kontakt aufzunehmen, um die Lage zwei bis drei Wochen zu beobachten und dann die Container aufstellen.